

Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusses des Regionalverbandes Schwarzwald-Baar-Heuberg am 19. November 2021 im Landratsamt Rottweil

Anwesend: Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel
und weitere 21 Mitglieder des Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusses
(Entschuldigt: Herr Waizenegger)
Herr Verbandsdirektor Herzberg, Herr Kosse, Frau Maier, Frau Hermle

Dauer der Sitzung: 10:00 – 10:35 Uhr

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel begrüßt die anwesenden Mitglieder des Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusses und leitet zur Tagesordnung über.

TOP 1

Fortschreibung der Potenzialanalyse der verfügbaren Erneuerbaren Energie in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg – Bereich Strom

(Beil. 15/2021)

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel ruft den ersten Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Herrn Verbandsdirektor Herzberg.

Herr Verbandsdirektor Herzberg nimmt Bezug auf die Vorlage und berichtet, dass zunächst die Beschlüsse des Bundes abgewartet werden müssen. Anschließend müsse man diese genau analysieren. Der Ausbaustand der Erneuerbaren Energien in den einzelnen Gemeinden werde künftig nicht mehr als reines „Ranking“ vorgenommen, da die Potenziale zu unterschiedlich seien. Als Beispiele für aktuellen Projekte nennt Herr Verbandsdirektor Herzberg die geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlagen bei Dauchingen und Deißlingen.

Herr Schellenberg bedankt sich für die Zusammenstellung, die auch Hilfestellung für die Kommunen ist und ergänzt, dass mehr gemacht werden müsse als bisher. Der Flächendruck werde durch die 2% Regelung verstärkt. Herr Schellenberg schließt mit einem Wunsch nach optimierter Kommunikation an das Land, da die 2% Regelung nicht überall bekannt sei.

Herr Hieber hofft auf klare Vorgaben vom Bund und bemängelt, dass aktuell wieder sehr viel Zeit ins Land ziehe, die ungenutzt bleibe. Die Landwirte könnten durch die Flächen-Photovoltaikanlagen neue bzw. evtl. auch mehr Einkommen erzielen, andererseits würden ggf. Flächen für die Nahrungsmittelproduktion knapper werden. Der Biogasanteil habe sich aufgrund der Privilegierung enorm entwickelt.

Frau Rajs wartet ebenfalls auf Signale vom Bund und ergänzt, dass dringend auch das Ausschreibungsverfahren geändert werden müsse. Sie schließt sich der Meinung von Herrn Schellenberg an, dass das 2%- Flächenziel überall präsent sein müsse. Ebenso gebe es auch einen neuen Windatlas, den es zu berücksichtigen gelte. Auch die angesprochenen Flächen-Photovoltaikanlagen seien energetisch und ggf. auch für den Geldbeutel des Landwirts sinnvoller. Es gebe viel zu tun.

Herr Walter kritisiert, dass die Verbandsverwaltung keine konkreten Flächen benennen könne. Ihm missfalle ebenfalls, dass lediglich Windenergie- und Photovoltaikanlagen Berücksichtigung finden. Diese sei seines Erachtens für das Landschaftsbild verheerend.

Auch die Genehmigungsdauer sei deutlich zu lange. Herr Walter fragt, wo in der Region Chancen gesehen werden und ob das Ziel erreicht werden könne.

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel antwortet, dass es sich um Planziele handle und demnach die Region diese erreichen sollte.

Er verweist auf den Ausstieg aus der Kernkraftenergie und den geplanten Ausstieg aus den Kohlekraftwerken. Technisch sei vieles auf gutem Wege, allerdings sei eine sichere Energieversorgung am wichtigsten. Eine mehrtägige Dunkelflaute müsse überstanden werden können. Da in naher Zukunft keine Speichermöglichkeit aus technischer Sicht möglich sei, die über mehrere Tage Strom liefern könne, werde der Ausstieg aus den genannten Stromerzeugern wohl ohne Gas-Kraftwerke nicht funktionieren.

Herr Ulbrich bezieht sich auf die Entwicklung der Freiflächen-Photovoltaikanlagen in den letzten zwei Jahren in der Region und ergänzt, dass diese Zahlen nicht berücksichtigt wurden. Das 2%-Flächenziel müsse auf kommunaler Ebene erreicht werden. Was hierfür fehle und dringend benötigt werde sei eine Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren für Freiflächenphotovoltaik- und Windenergieanlagen. Herr Ulbrich ergänzt, dass 98% der Fläche zur Gestaltung übrigbleiben und dies machbar sein sollte.

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel unterstreicht, dass dieses gesamtgesellschaftliche Thema auf die Kommune herunterzurechnen sei. Die Verfahren müssen verschlankt werden und parallel müsse überlegt werden, ob für die Dekarbonisierung die Rechtsverfahren beschleunigt werden könnten.

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel ergänzt, dass die lange Verfahrensdauer bei der Genehmigung auch auf das mangelnde Personal zurückzuführen ist. Er berichtet, dass im Landratsamt Rottweil drei durch Landesgeld unterlegte Personen auf dem Naturschutzamt arbeiten, hingegen auf dem Immissionsschutzamt nur eine Person. Dies sei unverhältnismäßig. Er unterstreicht, dass das durch Landesgeld unterlegte Personal in diesem Bereich aufgestockt werden müsse.

Einstimmig wird folgender **Beschluss** gefasst:

Der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsausschuss nimmt die Auswertung zur Nutzung der erneuerbaren Energieträger zur Stromerzeugung und erste Einordnungen zur Umsetzung des Landesflächenziels in der Region zur Kenntnis und beauftragt die Verbandsverwaltung die Datenerhebung und Auswertung fortzusetzen.

TOP 2

Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hoch-radioaktive Abfälle - Ergebnis der „Fachkonferenz Teilgebiete“

(Beil. 16/2021)

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel ruft den Tagesordnungspunkt 2 auf und übergibt das Wort an Herrn Verbandsdirektor Herzberg.

Herr Verbandsdirektor Herzberg erläutert die Beilage zum Tagesordnungspunkt.

Herr Walter erkundigt sich, ob der Regionsbereich von den drei Methodenstandorten betroffen sei und ob es bzgl. der Standortsuche des Endlagers in der Schweiz nähere Informationen gebe.

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel sagt, dass jedes Land seinen hoch-radioaktiven Abfall selbst zu entsorgen habe. In der Schweiz werde die Nagra voraussichtlich 2024 einen Standort auswählen. Alle verbliebenen Standorte in der Schweiz befinden sich südlich von Stein am Rhein bis Bad Zurzach. Hier müsse man weitere Informationen abwarten.

In Deutschland sind aktuell 54% des Bundesgebietes der Bundesrepublik Deutschland im weiteren Verfahren enthalten. Aktuell sei deswegen eine konkrete Standortaussage noch zu ungenau. Er gehe davon aus, dass noch einige Jahre ins Land ziehen werden, bis eine Brennschärfe erlangt sei.

Herr Verbandsdirektor Herzberg ergänzt, dass im Bereich des Opalinuston die Region Tuttlingen betroffen sei. Letztendlich werde der Bundestag den Standort beschließen und bis dahin seien weitere Beteiligungsverfahren angekündigt, in denen die betroffenen Regionen Stellung beziehen können. Entscheidend seien erst die nächsten Schritte des Verfahrens.

Einstimmig wird folgender **Beschluss** gefasst:

Die Verbandsverwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der regionalen Standortgebiete über den Verfahrensstand und zur Betroffenheit der Region erneut zu berichten.

TOP 3

Raumordnungsbericht 2021 – „Wettbewerbsfähigkeit stärken“

(Beil. 17/2021)

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel verweist auf die Vorlage und den zugesandten Raumordnungsbericht.

Herr Schellenberg bedankt sich für den Raumordnungsbericht, der wertvolle Impulse geben könne. Die Standorte stärken sei sehr wichtig. Ebenfalls wichtig sei, dass auch entsprechende Förderprogramme herangezogen würden und für die Region mehr gemacht werden sollte.

Frau Rajsp bezieht sich ebenfalls auf den Bericht und sagt, dass strukturelle Probleme in der Region vorhanden seien. Auch die Transformation der Automobilindustrie stelle die Region vor Herausforderungen. Den Bericht müsse man teilweise auch sehr kleinteilig betrachten und genau analysieren. Spezifische Förderungen seien sehr wichtig und sie nennt den Ausbau der digitalen Autobahnen.

Herr Walter kritisiert, dass auf der Karte der Metropolregionen die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg nicht genannt sei. Er befürchte, dass die Region hinten runterfalle.

Herr Verbandsvorsitzender Dr. Michel antwortet, dass für eine Erwähnung als Metropolregion eine Metropole wie z.B. Frankfurt am Main notwendig sei.

Herr Verbandsdirektor Herzberg ergänzt, dass der Begriff der metropolitanen Grenzregionen für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg gelte und verweist auf die exzellente Platzierung der Region bei den „hidden champions“.

Der Bericht wird zur **Kenntnis** genommen.

Einstimmig wird folgender **Beschluss** gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Raumordnungsbericht dargestellten Entwicklungstendenzen im Hinblick auf die Regionalplanung (Fortschreibung des Regionalplans) und die Regionalentwicklung zu analysieren und zu bewerten.

Villingen-Schwenningen, den 22. November 2021

gez.

Dr. Wolf-Rüdiger Michel
(Verbandsvorsitzender)

gez.

Sarah Hermle
(Schriftführerin)

Für die Mitglieder des Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusses

gez.

03.12.2021 Herr Mathias Schwarz

gez.

03.12.2021 Herr Dr. Christian Ruf